NomosLehrbuch

Tonner | Krüger

Bankrecht

3. Auflage

Nomos

https://www.nomos-shop.de/40812

https://www.nomos-shop.de/40812

https://www.nomos-shop.de/40812

NomosLehrbuch

Dr. Martin Tonner,
Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht
Lehrbeauftragter an der Bucerius Law School in Hamburg

Dr. Thomas Krüger,
Direktor des Amtsgerichts Stade
Mitglied des Landesjustizprüfungsamts im Nieders. Justizministerium

Bankrecht

3. Auflage

Nomos

https://www.nomos-shop.de/40812

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5635-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-9718-7 (ePDF)

3. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/40812

Vorwort zur 3. Auflage

Die stetige Fortentwicklung des Bankrechts hat die hier vorliegende Neuauflage erforderlich gemacht. Während im Bereich der Rechtsprechung eine gewisse Konsolidierung eingetreten ist und demzufolge die Flut der einzuarbeitenden Urteile zurückgegangen ist, war der Gesetzgeber dafür umso aktiver. Die Regulierungsimpulse im Bankrecht gehen dabei fast ausschließlich vom europäischen Gesetzgeber aus, dessen Richtlinien der deutsche Gesetzgeber in seinen Umsetzungsgesetzen fast ohne eigenen Spielraum nur noch nachzuvollziehen hat. Die 3. Auflage berücksichtigt vor allem die Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie (EU 2015/2366) sowie der MiFiD II-Richtlinie 2014/65/EU, die zum 3.1.2018 die MiFiD I-Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente abgelöst hat. Ferner wurde die Richtlinie 2014/92/EU vom 23.7.2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen vom 23.7.2014 mit dem Zahlungskontengesetz (ZKG) vom 11.4.2016 in nationales Recht umgesetzt. Dementsprechend wurden insbesondere Teil 4 zum Zahlungsverkehr und Teil 7 zum Recht der Kapitalanlage grundlegend überarbeitet. In Teil 5 zum Recht der Kreditgewährung wurde die auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung des § 505e BGB am 24.4.2018 erlassene „Immobiliar-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung – ImmoKWPLV" erläutert. Aber auch in allen anderen Teilen des Buchs wurden die neuesten Entwicklungen in Rechtsprechung und Literatur eingearbeitet. Wir haben uns zudem im Interesse der studentischen Leserinnen und Leser um eine klarere und straffere Darstellung des Stoffes und – wo möglich – um eine Fokussierung auf examensrelevante Gegenstände bemüht. In diesem Zuge haben wir auch notwendige Verschlankungen vorgenommen und uns entschieden – auch um das Buch ganz auf sein eigentliches Thema Bankrecht zurückzuführen –, § 26 zur Prospekthaftung und § 27 zum Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz ersatzlos zu streichen. Wer sich über diese Themen, die das Bankrecht nur am Rande berühren, informieren möchte, sei auf die Lehrbücher zum Kapitalmarktrecht verwiesen.

Wir bedanken uns bei Herrn RiAG i.R. Bernd Hoÿer, Hamburg, der freundlicherweise erneut die mühevolle Aufgabe der Korrektur des Manuskripts übernommen hat.

Das Buch befindet sich auf dem Stand vom 30.6.2019. Vereinzelt konnten Nachweise aus der Rechtsprechung noch bis Ende Juli 2019 eingearbeitet werden.

Hamburg und Zeven im Juli 2019

Martin Tonner
Thomas Krüger

https://www.nomos-shop.de/40812

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage

Das Bankrecht bleibt in Bewegung. Dies machte bereits zwei Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage dieses Lehrbuchs die vorliegende Neuauflage erforderlich. Neben umfangreicher Rechtsprechung, insbesondere zum Recht der Bankentgelte, zum Darlehensrecht und zum Kapitalanlagerecht, waren aufgrund der weiterhin regen Tätigkeit des deutschen und europäischen Gesetzgebers auf dem Gebiet des Bankrechts zahlreiche neue Gesetze und Richtlinien einzuarbeiten. Dazu zählen die Wohnimmobilienkreditrichtlinie 2014/17/EU vom 4.2.2014, die der deutsche Gesetzgeber mit Gesetz vom 7.9.2015 (BT-Drucks. 18/5922) in nationales Recht umgesetzt hat, sowie die Richtlinie 2014/92/EU über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen vom 23.7.2014, deren Umsetzung in nationales Recht das Bundeskabinett am 28.10.2015 mit dem Entwurf eines Zahlungskontengesetzes (ZKG) beschlossen hat. Auch wenn beide Umsetzungsgesetze erst im Lauf des Jahres 2016 in Kraft treten, werden sie in der vorliegenden Neuauflage bereits als geltendes Recht behandelt. Ebenfalls berücksichtigt wurde im Bereich der Prospekthaftung das neue Kleinanlegerschutzgesetz, das am 10.7.2015 in Kraft getreten ist.

Neben den aktuellen Entwicklungen ist für den studentischen Leser vorrangig das Erlernen der Grundstrukturen sowie des examensrelevanten Lehrstoffs wichtig. Dem dienen weiterhin die jedem Kapitel vorangestellten Fälle und die jeweiligen Lösungshinweise am Ende des Kapitels sowie die Wiederholungs- und Vertiefungsfragen und die in der „Blauen Reihe“ üblichen Definitionen.

Auch bei der Arbeit an der 2. Auflage hatten wir wieder freundliche Unterstützung. Die Aktualisierung des Kapitels zur Prospekthaftung lag in den bewährten Händen von Herrn Rechtsanwalt Dr. Hannes Hoffmeyer, Hamburg. Herr RiAG i.R. Bernd Hoÿer, Hamburg, hat – wie schon bei der ersten Auflage – das Manuskript Korrektur gelesen. Beiden sei hierfür auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Das Buch befindet sich auf dem Stand vom 30.11.2015. Vereinzelt konnten Rechtsprechung und Literatur auch später noch in den Fußnoten berücksichtigt werden.

Hamburg und Zeven im Dezember 2015

Martin Tonner
Thomas Krüger

https://www.nomos-shop.de/40812

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

In den vergangenen Jahren hat das Bankrecht eine stetig wachsende Bedeutung erfahren. Während das Augenmerk der Öffentlichkeit nach den Finanzmarktkrisen, z.B. infolge der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers, insbesondere auf der Eigenkapitalausstattung von Banken liegt, zeigt sich der Bedeutungszuwachs in der zivilrechtlichen Bankrechtspraxis vor allem in einer ganz erheblichen Zunahme von Streitverfahren gegen Banken.

Die Ursachen für dieses Phänomen sind vielfältig. Nicht nur die Wirtschaft, auch die privaten Verbraucher bedienen sich zur Durchführung von Investitionen der von Banken zur Verfügung gestellten Fremdmittel. Selbst kleinere Anschaffungen werden mit Konsumentenkrediten finanziert, größere Investitionen, wie der private Hausbau oder Investitionen im gewerblichen Bereich, sind ohne den Einsatz von Finanzierungsmitteln praktisch undenkbar. Gleichermaßen ist mit dem Anwachsen der großen und kleinen Vermögen das Bestreben gefördert worden, diese renditebringend anzulegen und zu verwalten. In den gerade zurückliegenden Finanzmarktkrisen haben viele private Anleger ihr Geld verloren und nehmen nunmehr ihre Banken wegen behaupteter Fehler bei der Anlageberatung oder Vermögensverwaltung in Anspruch. Zahlreiche höchstrichterliche Entscheidungen sind Ausdruck dieser Entwicklung. Weitere wichtige Urteile werden folgen. Die Gerichte in Deutschland stehen immer noch vor einer Flut von Verfahren.

Die Dynamik des Bankrechts wird schließlich verstärkt durch eine rege Tätigkeit des deutschen und des europäischen Gesetzgebers. So haben insbesondere die EU-Zahlungsdiensterichtlinie und die EU-Verbraucherkreditrichtlinie zu tiefgreifenden Änderungen im deutschen Recht – u.a. mit der Einfügung ganz neuer Abschnitte in das BGB – geführt. Auch im Bereich des Anlegerschutzes ist der Gesetzgeber tätig geworden. Die Bankpraxis hat auf die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen durch eine Neufassung der für das gesamte Bankrecht bedeutsamen AGB-Banken/Sparkassen reagiert.

Von dieser dynamischen Entwicklung ist auch das vorliegende Buch geprägt. Es ist hervorgegangen aus Vorlesungen zum Thema „Bankrecht“ im Rahmen der Schwerpunktausbildung Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht an der Bucerius Law School in Hamburg. Die Besonderheit dieses Lehrbuchs besteht dabei darin, dass beide Autoren Richter und damit – neben ihrer Lehr- bzw. Prüfertätigkeit – in erster Linie Praktiker sind. Dadurch ist eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis möglich. Gleichzeitig haben wir uns stets um einen möglichst neutralen Blick auf das Bankrecht bemüht. Das tut diesem ideologisch geprägten Rechtsgebiet gut, in dem die divergierenden Interessen von Banken auf der einen Seite und Anlegern bzw. Verbrauchern auf der anderen Seite von ihren jeweiligen Interessenvertretern häufig mit Vehemenz vertreten werden.

Das Lehrbuch ist so geschrieben, dass es ohne Vorkenntnisse im Bankrecht gut lesbar ist. Gleichzeitig werden – da Bankrecht gewissermaßen einen Querschnitt durch weite Teile des Zivilrechts darstellt – zahlreiche examensrelevante Probleme (z.B. im Kredit-

https://www.nomos-shop.de/40812

sicherungsrecht) behandelt. Das Buch ist daher auch für die Examensvorbereitung geeignet.

Hamburg und Zeven, im November 2013

Martin Tonner

Thomas Krüger

https://www.nomos-shop.de/40812

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage 5
Aus dem Vorwort zur 2. Auflage 6
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 7
Abkürzungsverzeichnis 25

Teil 1: Einführung

§ 1 Grundlagen 31
§ 2 Aktuelle Rechtsentwicklungen im Bankrecht 46
§ 3 Aufbau des deutschen Bankwesens 49

Teil 2: Rechtsbeziehung zwischen Bank und Kunde

§ 4 Besonderheiten der Bankgeschäftsverbindung 53
§ 5 AGB-Banken / Sparkassen 56
§ 6 Bankgeheimnis, Datenschutz und Schufa 66
§ 7 Bankentgelte 74

Teil 3: Recht des Bankkontos

§ 8 Allgemeine Grundlagen 90
§ 9 Zahlungskonto und Kontokorrent 106
§ 10 Weitere Arten von Konten 122
§ 11 Kontenpfändung 124

Teil 4: Recht des Zahlungsverkehrs

§ 12 Allgemeine Grundsätze des Rechts der Zahlungsdienste 136
§ 13 Überweisung 159
§ 14 Lastschrift 173
§ 15 Sonstige elektronische Zahlungssysteme 186

Teil 5: Recht der Kreditgewährung

§ 16 Erscheinungsformen von Krediten 207
§ 17 Rechtliche Grundlagen des Darlehensvertrages 215
§ 18 Besonderheiten bei Verbraucherdarlehen 247
§ 19 „Schrottimmobilienfälle“ 273

Teil 6: Recht der Kreditsicherung

§ 20 Grundstrukturen der Kreditsicherheiten 278
§ 21 Allgemeine Problembereiche des Kreditsicherungsrechts 288
§ 22 Die Sicherheiten im Einzelnen 302

https://www.nomos-shop.de/40812

Teil 7: Recht der Kapitalanlage

§ 23 Grundlagen 333
§ 24 Anlageberatung 345
§ 25 Vermögensverwaltung, Anlagevermittlung und Execution-only 379
Literaturverzeichnis 389
Definitionen 391
Stichwortverzeichnis 409

https://www.nomos-shop.de/40812

Inhalt

Vorwort zur 3. Auflage 5

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage 6

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 7

Abkürzungsverzeichnis 25

Teil 1: Einführung

§ 1 Grundlagen 31
I. Überblick über das Bankrecht 31
1. Einordnung und Gegenstand des Bankrechts 31
2. Öffentliches und privates Bankrecht 32
a) Öffentliches Bankrecht, insbesondere Bankaufsichtsrecht 32
aa) Aufsichtsbehörden 32
bb) Anwendbares Aufsichtsrecht 33
cc) Aufsicht und Haftung 36
dd) Einlagensicherung 37
b) Privates Bankrecht 38
3. Abgrenzung zum Kapitalmarktrecht 38
II. Bedeutung des Bankrechts 39
III. Rechtsgrundlagen des privaten Bankrechts 40
1. Gesetzliche Regelungen 40
2. Weitere Rechtsquellen 41
a) Allgemeine Geschäftsbedingungen 41
b) Rechtsprechung 42
c) Gewohnheitsrecht und Bankpraxis 43
d) Handelsbräuche und Verkehrssitte 43
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 45

§ 2 Aktuelle Rechtsentwicklungen im Bankrecht 46
I. Öffentliches Bankrecht 46
II. Privates Bankrecht 46
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 48

§ 3 Aufbau des deutschen Bankwesens 49
I. Zweistufigkeit des Bankwesens 49
II. Die drei Säulen des deutschen Bankwesens 49
1. Öffentlich-rechtliche Säule 49
2. Privatrechtliche Säule 50
3. Genossenschaftliche Säule 51
III. Weitere Banken und Verbände 51
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 52

https://www.nomos-shop.de/40812

Teil 2: Rechtsbeziehung zwischen Bank und Kunde

§ 4 Besonderheiten der Bankgeschäftsverbindung 53
I. Langzeitgeschäftsverbindung 53
II. Allgemeiner Bankvertrag? 54

§ 5 AGB-Banken / Sparkassen 56
I. Allgemeines 56
II. Regelungsbereiche der AGB im Überblick 58
1. Grundregeln für die Geschäftsverbindung (Nr. 1–6) 58
2. Kontoführung (Nr. 7–10) 59
3. Mitwirkungspflichten des Kunden (Nr. 11) 60
4. Zinsen, Entgelte und Auslagen (Nr. 12) 61
5. Sicherheiten für die Ansprüche der Bank (Nr. 13–17) 61
6. Kündigung (Nr. 18, 19) 62
7. Einlagensicherungsfonds (Nr. 20) 63
8. Ombudsmannverfahren (Nr. 21) 63

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 65

§ 6 Bankgeheimnis, Datenschutz und Schufa 66
I. Bankgeheimnis 66
1. Allgemeines 66
2. Einschränkungen des Bankgeheimnisses im Zivilrecht 67
3. Einschränkungen des Bankgeheimnisses im Strafverfahren 68
4. Rechtsfolgen der Verletzung des Bankgeheimnisses 68
a) Schadensersatzansprüche 68
b) Kündigungsrecht 69
II. Datenschutz 69
1. Allgemeines 69
2. Rechtsfolgen einer Verletzung 69
III. Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) 70

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 73

§ 7 Bankentgelte 74
I. Allgemeines 74
II. Grundlagen der Preisvereinbarung zwischen Bank und Kunde 76
1. Einteilung der Bankentgelte 76
2. Zustandekommen der Preisvereinbarung 76
III. Überprüfbarkeit und Wirksamkeit von Bankentgelten 78
1. Kontrollfähigkeit von Bankentgelten 78
2. Maßstab der Inhalts- und Transparenzkontrolle 81
3. Beispiele aus der Rechtsprechung 83
a) Irreguläre Geschäftsvorfälle 83
b) Bearbeitungsgebühr beim Darlehen 83
c) Pfändungsbearbeitung 84
d) Freistellungsaufträge 85
e) Neuausstellung eines abhanden gekommenen Sparbuchs 85
f) Abschlussgebühr beim Bausparvertrag 85

https://www.nomos-shop.de/40812

4. Verjährung von Rückerstattungsansprüchen 86

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 89

Teil 3: Recht des Bankkontos

§ 8 Allgemeine Grundlagen 90
I. Bedeutung des Kontos 90
II. Kontoeröffnung 91
1. Vertragsschluss 91
2. Kontoinhaber 92
3. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz 94
4. Kontenwahrheit und Legitimationspflicht 94
5. Geldwäschegesetz 95
III. Verfügungsbefugnis und Kontovollmacht 95
1. Verfügungsberechtigung des Kontoinhabers 95
a) Einzelkonto 95
b) Gemeinschaftskonto 96
c) Treuhandkonto / Anderkonto 98
d) Nachlasskonto 99
2. Kontovollmacht 99
IV. Übertragung des Kontos 101
1. Zahlungskonto 101
2. Sparkonto 101
V. Bedeutung der „International Bank Account Number" (IBAN) 103
VI. Beendigung der Kontoverbindung 103

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 105

§ 9 Zahlungskonto und Kontokorrent 106
I. Zahlungsdiensterahmenvertrag als Grundlage des Zahlungskontos 106
1. Definition des Zahlungskontos 106
2. Funktion des Zahlungskontos 106
3. Vertragliche Grundlagen 107
4. Wesentliche rechtliche Inhalte des Zahlungsdiensterahmenvertrages 108
a) Pflichten der Bank 108
aa) Führung eines Zahlungskontos 108
bb) Entgegennahme von Geldeingängen: Anspruch auf Gutschrift 108
cc) Verfügung über Geldeingänge: Anspruch aus Gutschrift 109
dd) Verpflichtung zur Durchführung von Weisungen 109
ee) Auskunfts- und Rechenschaftspflicht 110
ff) Sorgfaltspflichten 111
b) Pflichten des Kunden 111
5. Buchung und Wertstellung 112
a) Gutschriften, Stornierung und Zurückweisungsrecht 112
b) Belastungsbuchungen 114
c) Wertstellung 114
II. Das Zahlungskonto als Kontokorrentkonto 115
1. Überblick 115

https://www.nomos-shop.de/40812

2. Kontokorrentabrede/-vertrag 116
a) Begriff des Kontokorrent 117
b) Kontokorrentbindung 117
c) Verrechnung 117
d) Feststellung des Saldos durch Rechnungsabschluss 118
e) Saldoanerkenntnis 118
III. Recht auf ein Zahlungskonto 119

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 121

§ 10 Weitere Arten von Konten 122
I. Sparkonto 122
II. Termingeldkonto 122
III. Tagesgeldkonto 122

§ 11 Kontenpfändung 124
I. Allgemeine Grundlagen 124
1. Zwangsvollstreckung in Geldforderungen (§§ 829 ff. ZPO) 124
2. Drittschuldnererklärung nach § 840 ZPO 125
3. Bestimmtheit der gepfändeten Forderungen 125
4. Verdachts-/Ausforschungspfändung 125
II. Pfändung von Zahlungskonten 126
1. Pfändung des Zustellungssaldos gemäß § 357 HGB 126
2. Pfändung der periodischen Aktivsalden 127
3. Pfändung der Ansprüche aus dem Zahlungsdiensterahmenvertrag 127
a) Die pfändbaren Ansprüche aus dem Zahlungsdiensterahmenvertrag 127
aa) Anspruch auf Auszahlung des Tagesguthabens 127
bb) Anspruch auf Erteilung einer Gutschrift 128
cc) Anspruch auf Durchführung von Überweisungen 128
dd) Auskunftsanspruch und Erteilung von Kontoauszügen 128
b) Wirkungen der Pfändung 128
4. Pfändung des Dispositions- oder Überziehungskredits 130
a) Geduldete Überziehung 130
b) Eingeräumter Dispositionskredit 130
aa) Pfändbarkeit vor Abruf durch den Schuldner 130
bb) Pfändbarkeit nach Abruf durch den Schuldner 130
III. Pfändung sonstiger Konten 131
1. Ansprüche aus Sparkonten 131
2. Ansprüche aus Festgeldkonten 131
3. Pfändung von Wertpapierdepots 131
4. Pfändung von Treuhand- und Anderkonten 132
5. Pfändung von Gemeinschaftskonten 132
a) Pfändung von Und-Konten 132
b) Pfändung von Oder-Konten 132
IV. Das Pfändungsschutzkonto 133

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 135

https://www.nomos-shop.de/40812

Teil 4: Recht des Zahlungsverkehrs

§ 12 Allgemeine Grundsätze des Rechts der Zahlungsdienste 136
I. Hintergrund 136
1. Grundstruktur des bargeldlosen Zahlungsverkehrs 137
2. Wirtschaftliche Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs 138
3. Historische Entwicklung und Kodifikation 138
II. Regelungsgehalt und Anwendungsbereich der §§ 675c ff. BGB 141
III. Zahlungsdienstevertrag und Zahlungsdiensterahmenvertrag 144
IV. Informationspflichten 144
V. Durchführung der Zahlung 145
1. Autorisierung der Zahlung 145
2. Ausführung von Zahlungsvorgängen 147
a) Wirksamwerden und Widerruflichkeit 147
b) Ungekürzte Übermittlung des Zahlungsbetrages 147
c) Maßgeblichkeit der Kundenkennung 148
d) Rechtzeitigkeit der Zahlung 148
b) Bei Missbrauch einer Zahlungskarte 150
c) Bei Missbrauch im Onlinebanking 153
d) Sonstige fehlerhafte Zahlungsvorgänge 154

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 158

§ 13 Überweisung 159
I. Rechtsbeziehungen 160
1. Rechtsbeziehung Überweisender – Empfänger (Valutaverhältnis) 160
2. Rechtsbeziehung Überweisender – Bank (Deckungsverhältnis) 161
a) Weisung des Zahlungsdienstnutzers 161
b) Abhandenkommen von Zahlungsinstrumenten 163
c) Widerruf der Überweisung 163
d) Ausführungsfristen 163
3. Rechtsbeziehung zwischen den beteiligten Banken (Interbankenverhältnis) 163
4. Rechtsbeziehung Empfänger – Empfängerbank (Inkassoverhältnis) 164
II. Haftung der Bank bei nicht oder fehlerhaft ausgeführten Überweisungen 164
1. Garantieansprüche 164
a) Gescheiterte oder verloren gegangene Überweisung 165
b) Gekürzte Überweisung 165
c) Verspätete Überweisung 166
2. Verschuldensabhängige Haftungsansprüche 166
III. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung 167
1. Fehler im Deckungsverhältnis 167
a) Von Anfang an fehlende Weisung 167
b) Ursprünglich vorhandene, aber widerrufene Weisung 168
aa) Bisherige Rechtsprechung des BGH 168
bb) Keine Zurechenbarkeit bei Widerruf im neuen Recht? 169
cc) Neuere Rechtsprechung des BGH 170
2. Fehler im Valutaverhältnis 170

https://www.nomos-shop.de/40812

3. Fehler im Deckungs- und Valutaverhältnis (Doppelmangel) 171

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 172

§ 14 Lastschrift 173
I. Zahlungen im Lastschriftverfahren im Überblick 173
II. Das SEPA-Lastschriftverfahren 174
1. Grundsätzlicher Ablauf und Beteiligte im SEPA-Lastschriftverfahren 175
2. Ablauf des SEPA-Lastschriftverfahrens im Einzelnen 176
a) Mandatserteilung 176
b) Lastschrifteinzug 176
aa) Vorabinformation an den Kontoinhaber 177
bb) Initiierung des Einzugs 177
cc) Eingang der Belastungsbuchung bei der Zahlstelle 178
c) Zahlungsvorgang 178
d) Lastschriftrückgabe (R-Transactions) 178
3. Die Rechtsbeziehungen im SEPA-Lastschriftverfahren im Einzelnen 180
a) Rechtsbeziehung Zahlungspflichtiger – Zahlungsempfänger (Valutaverhältnis) 180
aa) Lastschriftabrede und SEPA-Mandat 180
bb) Erfüllung 181
b) Rechtsbeziehung Zahlungsempfänger – 1. Inkassostelle (Inkassoverhältnis) 182
c) Rechtsbeziehungen zwischen den beteiligten Banken (Interbankenverhältnis) 183
d) Rechtsbeziehung Zahlungspflichtiger – Zahlstelle (Deckungsverhältnis) 183
4. Bereicherungsausgleich im Lastschriftverfahren 184

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 185

§ 15 Sonstige elektronische Zahlungssysteme 186
I. Kartengebundene Zahlungssysteme 186
1. Kreditkartensystem 187
a) Hintergrund 187
b) Rechtsbeziehungen im Einzelnen 189
aa) Rechtsbeziehung Karteninhaber und Kartenausgeber (Deckungs-/Emissionsverhältnis) 189
bb) Rechtsbeziehung Kartenunternehmen und Vertragsunternehmen 190
cc) Rechtsbeziehung Karteninhaber und Vertragsunternehmen (Valutaverhältnis) 191
dd) Rechtsbeziehung Kartenausgeber und Kartenunternehmen 191
c) Haftung bei Missbrauch 192
2. Debitkartensystem (Electronic-cash-System) 193
a) Grundlagen der unbaren Zahlungssysteme 193
b) Ablauf der Zahlung 194
aa) POS-System 194
bb) ELV-System 195

https://www.nomos-shop.de/40812

3. Geldkarte / Elektronisches Geld 196
a) Grundlagen 196
b) Ablauf der Zahlung 197
c) Haftungsfragen 197
4. Geldautomatensystem 198
II. Internetzahlungssysteme 199
1. Online-Banking 199
2. Zahlungsauslösedienste 200
a) Funktion 200
b) Vertragsbeziehungen 202
c) Haftungsrisiken 202

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 205

Teil 5: Recht der Kreditgewährung

§ 16 Erscheinungsformen von Krediten 207
I. Allgemeines 207
II. Einzelne Kreditarten 208
1. Zahlungskredite 208
a) Kontokorrent- oder Dispositionskredit (Eingeräumte Überziehung) 208
b) Ratenkredit/Annuitätendarlehen 210
2. Haftungskredite 211
a) Avalkredit 212
b) Diskont-/Akzept-/Rembourskredit 212

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 214

§ 17 Rechtliche Grundlagen des Darlehensvertrages 215
I. Allgemeines 215
II. Zustandekommen des Darlehensvertrages 216
III. Form des Darlehensvertrages 217
IV. Vertragspartner des Darlehensvertrages 217
V. Unwirksamkeitsgründe 218
1. Allgemeines 218
2. Nichtigkeit nach § 134 BGB 219
3. Nichtigkeit nach § 138 BGB 220
a) Allgemeines 220
b) Objektiv: Auffälliges Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung 220
c) Subjektiv: Ausnutzen der überlegenen Position 221
d) Sittenwidrigkeit der Mitverpflichtung weiterer Personen 221
4. Rückabwicklung des nichtigen Darlehensvertrages 222
VI. Aufklärungs- und Beratungspflichten der Bank bei Vertragsschluss 223
1. Grundsatz 223
2. Ausnahmen 223
a) Konkreter Wissensvorsprung 224
b) Überschreiten der Rolle als Kreditgeber 224
c) Besondere Gefährdungstatbestände 224
d) Interessenkonflikte 225

https://www.nomos-shop.de/40812

e) Finanzierungsberatungsvertrag 225
VII. Zins- und Entgeltvereinbarungen im Kreditgeschäft 227
1. Zinssatz und Fälligkeit der Zinsen 227
2. Höhe, Anpassungsmöglichkeiten 228
3. Beginn und Ende der Zinspflicht, Disagio 230
4. Nebenentgelte im Kreditgeschäft 230
a) Darlehenskontoführung 231
b) Einmaliges Bearbeitungsentgelt bei Kreditvergabe 231
c) Bewertung, Bestellung und Verwaltung von Sicherheiten 231
d) Bereitstellungsprovision 232
e) Nichtabnahmeentschädigung 232
VIII. Laufzeit und Beendigung von Darlehensverträgen 232
1. Überblick 232
2. Kündigung durch den Darlehensnehmer 233
a) Ordentliche Kündigung bei variablem Sollzinssatz (§ 489 Abs. 2 BGB) 233
b) Ordentliche Kündigung bei gebundenem Sollzinssatz (§ 489 Abs. 1, Abs. 3 BGB) 233
c) Außerordentliche Kündigung bei festem Zinssatz (§ 490 Abs. 2 BGB) 235
3. Kündigung durch den Darlehensgeber 237
a) Außerordentliche Kündigung nach § 490 Abs. 1 BGB 238
b) Außerordentliche Kündigung nach Nr. 19 Abs. 3 AGB-Banken 239
4. Kündigungsfolgen 240
a) Fälligkeit des Rückzahlungsanspruchs 240
b) Vorfälligkeitsentschädigung 241
aa) Voraussetzungen eines Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung 241
bb) Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung 242
cc) „Vorfälligkeitsentgelt“ bei Aufhebungsvertrag 244

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 245

§ 18 Besonderheiten bei Verbraucherdarlehen 247
I. Begriff und historische Entwicklung des Verbraucherdarlehens 247
1. Definition 247
a) Allgemein-Verbraucherdarlehen 247
b) Immobiliar-Verbraucherdarlehen 248
c) Erweiterter Verbraucherbegriff 248
d) Zwingende Ausgestaltung 249
2. Historische Entwicklung und Einfluss des Europäischen Rechts 249
II. Besonderheiten gegenüber Darlehen ohne Beteiligung von Verbrauchern 250
1. Kreditwürdigkeitsprüfung 251
a) Pflicht der Bank zur Prüfung 251
b) Grundlagen der Prüfung / Immobiliar-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung 251
c) Sanktionen bei Pflichtverletzungen 253
2. Vorvertragliche Informationspflichten 254
3. Beratung bei Immobiliar-Verbraucherdarlehen 254
a) Ausgestaltung von Beratungspflichten eines Beratungsvertrages 254
b) Grundlagen der Beratung 255

https://www.nomos-shop.de/40812

c) Folgen von Pflichtverletzungen 256
4. Informationspflichten in der Vertragsurkunde 256
a) Schriftformerfordernis 256
b) Pflichtangaben im Vertrag 257
5. Sanktionen bei Verstoß gegen die vertraglichen Pflichtangaben 257
6. Verbot von Kopplungsgeschäften bei Immobiliar-Verbraucherdarlehen 258
7. Unterrichtungspflichten während des Darlehensverhältnisses 259
8. Besonderheiten bei Überziehungskrediten an Verbraucher 259
a) Dispositionskredit (eingeräumte Überziehung) 259
b) Geduldete Kontoüberziehung 260
III. Widerrufsrecht 261
1. Rechtsgrundlagen und Widerrufsfrist 261
2. Widerrufsbelehrung 263
3. Widerrufsfolgen 263
4. Verbundenes Geschäft 263
IV. Kündigung und Vorfälligkeitsentschädigung 264
1. Kündigung/vorzeitige Rückzahlung durch den Verbraucher 264
a) Darlehen ohne Laufzeitvereinbarung 264
b) Darlehen mit Laufzeitvereinbarung 264
c) Einschränkungen für Immobiliar-Verbraucherdarlehen 265
2. Folgen der Kündigung/vorzeitigen Rückzahlung 265
3. Kündigung durch die Bank 266
a) Besondere Kündigungsvoraussetzungen bei Allgemein-Verbraucherdarlehen 266
b) Besondere verbraucherschützende Kündigungsfolgen 266
V. Typischer Aufbau und typische Regelungen in einem Bankdarlehensvertrag 267

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 272

§ 19 „Schrottimmobilienfälle“ 273
I. Hintergrund 273
II. Grundkonstruktion der Anlagegeschäfte 274
III. Rechtliche Problembereiche und Grundsätze der Rechtsprechung 275
1. Unwirksamkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages 275
2. Unwirksamkeit des Beitritts zur GbR 275
3. Widerrufsrecht beim „Haustürgeschäft“ 276

Teil 6: Recht der Kreditsicherung

§ 20 Grundstrukturen der Kreditsicherheiten 278
I. Allgemeines 278
II. Einteilung der Sicherheiten 279
1. Real-/Personalsicherheiten 279
2. Person des Sicherungsgebers 280
3. Akzessorische und abstrakte Sicherheiten 280
4. Typische / atypische Sicherheiten 282

https://www.nomos-shop.de/40812

III. Zweckerklärung 284
1. Sinn und Inhalt 284
2. Enge / weite Sicherungsabrede 284

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 287

§ 21 Allgemeine Problembereiche des Kreditsicherungsrechts 288
I. Übersicherung und Freigabeverpflichtung 288
1. Anfängliche Übersicherung 289
a) Tatbestand 289
aa) Objektive Voraussetzungen 289
bb) Subjektive Voraussetzungen 291
b) Rechtsfolge 291
2. Nachträgliche Übersicherung 291
a) Tatbestand 291
b) Rechtsfolge 292
II. Sicherheiten in der Insolvenz 293
1. Bürgschaft 293
2. Grundschuld 293
3. Sicherungsübereignung 294
4. Sicherungsabtretung 294
5. Pfandrecht 294
III. „Wettlauf der Sicherungsgeber“ 294
1. Eingrenzung des Problems 294
2. Lösungsmöglichkeiten 296
IV. Freistellungsanspruch des Sicherungsgebers bei Drittsicherheiten 298

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 301

§ 22 Die Sicherheiten im Einzelnen 302
I. Bürgschaft 302
1. Rechtliche Grundlagen 302
2. Einwendungen gegen die Bürgschaftsforderung 304
a) Hauptschuldnerbezogene Einwendungen 304
b) Bürgenbezogene Einwendungen 304
3. Sittenwidrigkeit von Bürgschaftsverträgen 306
a) Entwicklung der Rechtsprechung 306
b) Aktuelle Maßstäbe der Rechtsprechung im Überblick 307
c) Auswirkungen der Möglichkeit der Restschuldbefreiung 308
d) Auswirkungen weiterer Sicherheiten 309
4. Folgen der Befriedigung des Gläubigers durch den Bürgen 309
5. Beendigung der Bürgschaftsverpflichtung 310
II. Mithaftung (Schuldbeitritt / Schuldmitübernahme) 310
III. Garantie 312
IV. Patronatserklärung 312
V. Hypothek 313
VI. (Sicherungs-)Grundschuld 314
1. Allgemeine rechtliche Grundlagen 314
2. Bedeutung und Entstehung 314
3. Haftungsumfang 315

https://www.nomos-shop.de/40812

4. Wirkung von Zahlungen auf die Forderung bzw. auf die Grundschuld 317
5. Kündigungsfrist, § 1193 BGB 317
6. Einreden des Grundstückseigentümers nach Abtretung der Grundschuld 318
a) Bei Abtretung der Grundschuld bestehende Einreden 319
b) Nach Abtretung entstehende Einreden 319

VII. Sicherungsübereignung 320
1. Rechtliche Konstruktion 320
2. Problembereiche im Zusammenhang mit der Einigung 320
a) Bestimmtheitsgrundsatz bei Übertragung einzelner Sachen 320
b) Bestimmtheitsgrundsatz bei Übertragung von Sachgesamtheiten 321
3. Problembereiche im Zusammenhang mit dem Besitzmittlungsverhältnis 322
4. Problembereiche im Zusammenhang mit der Verfügungsberechtigung 323
a) Kollision von Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt 323
b) Kollision von Sicherungsübereignung und Zubehörhaftung 323
c) Kollision von Sicherungsübereignung und Vermieterpfandrecht 324

VIII. Sicherungsabtretung 325
1. Rechtliche Konstruktion 325
2. Rechtliche Problembereiche 326
a) Bestimmtheit / Bestimmbarkeit 326
b) Kollision von Globalzession und verlängertem Eigentumsvorbehalt 327

IX. Pfandrecht an Forderungen 328
1. Praktische Bedeutung 328
2. Rechtliche Voraussetzungen 328
3. Besonderheiten bei der Verpfändung von Wertpapieren 329
4. Besonderheiten bei der Verpfändung von Gesellschaftsanteilen 329

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 332

Teil 7: Recht der Kapitalanlage

§ 23 Grundlagen 333

I. Bedeutung und Entwicklung des Kapitalanlagerechts 333

II. Eigenverantwortung versus Anlegerschutz 335

III. Rechtliche Rahmenbedingungen des Kapitalanlagerechts 337
1. Vertragsrecht 337
2. Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) 337
3. Sonstiges Gesetzesrecht 338

IV. Überblick zur Haftung im Recht der Kapitalanlage 338
1. Anlageberatung 340
2. Anlagevermittlung 341
3. Vermögensverwaltung 342
4. Execution-only 342

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen: 344

https://www.nomos-shop.de/40812

§ 24 Anlageberatung 345
I. Überblick 345
II. Gesetzliche Pflichten nach dem WpHG 347
1. Allgemeine Verhaltensregeln für Wertpapierdienstleistungsunternehmen 348
a) Interessenwahrungspflicht (§ 63 Abs. 1 WpHG) 348
b) Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten (§ 63 Abs. 2, 3 WpHG) 348
c) Pflichten in Bezug auf den Vertrieb von Finanzinstrumenten (§ 63 Abs. 5 WpHG) 349
d) Informationspflichten (§ 63 Abs. 6 ff. WpHG) 349
e) Verbot der Annahme von Zuwendungen (§ 70 WpHG) 349
f) Pflicht zur bestmöglichen Auftragsausführung (§ 82 WpHG) 350
g) Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten (§ 83 WpHG) 350
2. Besondere Verhaltensregeln bei der Anlageberatung 350
a) Informationspflichten, § 64 Abs. 1 WpHG 350
b) Produktinformationsblatt (§ 64 Abs. 2 WpHG) 351
c) Exploration und Geeignetheit des Produkts (§ 64 Abs. 3 WpHG) 351
d) Geeignetheitserklärung (§ 64 Abs. 4 WpHG) 352
3. Pflichten bei der Unabhängigen Honorar-Anlageberatung 352
4. Sanktionen und Auswirkungen auf die zivilrechtlichen Beratungspflichten 353
III. Vertragliche Pflichten bei der Anlageberatung 354
1. Zustandekommen eines Anlageberatungsvertrages 355
a) Grundsatz 355
b) Kritik und alternative Lösungsmöglichkeiten 355
2. Pflicht zur anleger- und objektgerechten Beratung 357
a) Allgemeines 357
aa) Der Grundsatz der anleger- und objektgerechten Beratung 357
bb) Einzelfragen der anleger- und objektgerechten Beratung 360
b) Anleger- und objektgerechte Beratung bei verschiedenen Anlageprodukten 366
aa) Derivative Geschäfte (Zertifikate und Swaps) 366
bb) Unternehmerische Beteiligungen 370
cc) Immobilienfonds 371
3. Verschulden und Mitverschulden 372
4. Schaden 372
5. Kausalität 373
6. Verjährung 374
7. Rechtsfolge 375
IV. Darlegungs- und Beweislast 375
V. Vertragspflichten bei Ausführungsgeschäften 376
VI. Deliktsrechtliche Ansprüche 376
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 377

§ 25 Vermögensverwaltung, Anlagevermittlung und Execution-only 379
I. Vermögensverwaltung 379
1. Begriff der Vermögensverwaltung 379
2. Gegenstand der Vermögensverwaltung 380
3. Voraussetzungen der Vermögensverwaltung 381
a) Wirtschaftliche Fremdheit des Vermögens 381

https://www.nomos-shop.de/40812

b) Dispositionsbefugnis 381
c) Dauerhaftigkeit 382
d) Aktive Verwaltung zum Zwecke der Kapitalanlage 382
e) Vertragliche Grundlage 382
4. Benachrichtigungs-, Rechnungslegungs- und Unterrichtungspflichten des Vermögensverwalters 383
a) Allgemeines 383
b) Benachrichtigungspflicht bei „erheblichem Verlust“ 384
II. Anlagevermittlung 384
III. Execution-only 386
1. Beratungsfreies Geschäft 386
2. Absolutes „Execution-only-Geschäft“ 387
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 388

Literaturverzeichnis 389

Definitionen 391

Stichwortverzeichnis 409

https://www.nomos-shop.de/40812

https://www.nomos-shop.de/40812

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft bzw. Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGL	Anspruchsgrundlage
AIF	Alternative Investmentfonds
AIFM	Verwalter alternativer Investmentfonds
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
B.	Beschluss
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
B2B	Business to Business
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBankG	Bundesbankgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-InfoVO	Verordnung über die Informationspflichten nach Bürgerlichem Recht
BGBl	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIC	Bank Identifier Code (Internationale Bankleitzahl)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsG	Börsengesetz
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
CI	Creditor Identifier
cic	culpa in contrahendo
D	Debit Date
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DepotG	Depotgesetz
DivDAX	Dividendenindex
DNS	Domain Name System
d.h.	das heißt
DRiZ	Deutsche Richterzeitung

https://www.nomos-shop.de/40812

EAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
EBA	European Banking Authority
ec	Electronic Cash
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
E-Geld	Elektronisches Geld
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ELV	Elektronisches Lastschriftverfahren
EPC	European Payments Council
ESA	European Supervisory Authorities
ESFS	Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESRB	European Systemic Risk Board
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
E. v.	Eingang vorbehalten
EV	Eigentumsvorbehalt
FAO	Fachanwaltsordnung
ff.	Folgende
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Genossenschaftsgesetz
GewG	Geldwäschegesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die GmbH
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hk-BGB	Handkommentar Bürgerliches Gesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HWiG	Haustürwiderrufsgesetz
IBAN	International Bank Account Number (Internationale Kontonummer)

https://www.nomos-shop.de/40812

i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
ImmoKWPLV	Immobiliar-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
InvG	Investmentgesetz
i.S.	im Sinne
IT	Informationstechnologie
iTAN	Indizierte Transaktionsnummer
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KG	Kammergericht bzw. Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KOM	Drucksachen der Europäischen Kommission
Krit.	Kritisch
KWG	Kreditwesengesetz
LCR	Liquidation Coverage Ratio
LG	Landgericht
LiqV	Verordnung über Liquidität der Institute
lit.	Buchstabe
LSA	Abkommen über den Lastschriftverkehr
MDR	Monatszeitschrift für Deutsches Recht
MiFID	EU-Richtlinie über Märkte und Finanzinstrumente
Mio.	Millionen
MünchKomm	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Nebengesetzen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NSFR	Net Stable Funding Ratio
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlage in Wertpapieren
o.Ä.	oder Ähnliches

https://www.nomos-shop.de/40812

OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
p. a.	per anno
PAngV	Preisangabenverordnung
PfÜB	Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
PIN	Persönliche Identifizierungsnummer
P-Konto	Pfändungsschutzkonto
POS	Point of Sale-System
PWW	Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg.), BGB, Kommentar
Rats-Dok.	Dokumente des Rates der Europäischen Union
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RegE	Regierungsentwurf
Rn.	Randnummer
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RNotZ	Die Rheinische Notar-Zeitschrift
S.	Seite
Schufa	Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung
SEPA	Single European Payments Area
SMS	Short Message Service
sog.	sogenannte
SolvV	Solvatibilitätsverordnung
StGB	Strafgesetzbuch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StPO	Strafprozessordnung
SÜ	Sicherungsübereignung
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications
TAN	Transaktionsnummer
TWT	Tonner/Willingmann/Tamm (Hrsg.), Vertragsrecht, Kommentar (2010)
UG	Umsetzungsgesetz
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
Urt.	Urteil
US	United States
USA	United States of America
u.U.	unter Umständen
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VerkProsG	Verkaufsprospektgesetz
VermAnlG	Vermögensanlagengesetz
VermBG	Vermögensbildungsgesetz
vgl.	vergleiche